



Peter Moser
Statistisches Amt des Kantons Zürich

Politik im Kanton Zürich – eine Synthese

Zusammenfassung

Die Politik im Kanton Zürich weist eine klar dreipolige Struktur auf. Dies zeigt eine Analyse der Wahl- und Abstimmungsresultate der vergangenen Jahre sowie der «Selects»-Repräsentativbefragung, die im Nachgang der Nationalratswahlen 2003 durchgeführt wurde. Die politische Weltsicht einer ersten Gruppe von Stimmbürgern ist nationalkonservativ geprägt; sie wählt vorzugsweise SVP, und ist anteilmässig in ländlichen Gegenden (Weinland) besonders stark. In klarer Opposition zu ihr steht die links-progressive Stimmbürgerschaft, die tendenziell SP oder Grün wählt und in den grossen Städten besonders stark vertreten ist. Von diesen beiden Gruppen unterscheidet sich die dritte, zahlenmässig kleinere Gruppe durch ihre marktwirtschaftliche, Staatsinterventionen abgeneigte Grundhaltung. Sie wählt FDP und ist in den einkommensstarken Gemeinden der stadtnahen Zürichseeufer konzentriert.

Die Selects-Befragungsdaten zeigen zudem, dass in soziodemographischer Hinsicht der klarste Graben zwischen der Anhängerschaft der SVP und derjenigen der übrigen Parteien verläuft. Die Arbeiter und Angestellten ohne höheren Bildungsabschluss finden sich vor allem bei der SVP, während die beruflich höher Qualifizierten und besser Gebildeten generell eher SP, die Grünen oder FDP wählen. Innerhalb dieser Gruppe bilden die «soziokulturellen Spezialisten» (z. B. Pflegepersonal, Lehrer etc.) die Kernwählerschaft der beiden Linksparteien, während sehr gut verdienende Führungskräfte aus der Privatwirtschaft typischerweise eher zur FDP neigen.

[english abstract](#)

Seite 19



Einleitung

Der Kanton Zürich ist der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz: Er stellt deshalb auch am meisten Nationalräte, 34 an der Zahl, d. h. rund ein Sechstel des Totals. Schon allein aus diesem Grund interessiert die Politik im Kanton Zürich nicht nur seine eigenen Einwohner sondern auch den Rest der Schweiz. Im vergangenen Jahrzehnt war Zürich zudem Ausgangspunkt einer Gewichtsverlagerung im schweizerischen Parteiensystem, die nach und nach auch die übrige Schweiz erfasst hat: Der ideologische Wandel und damit auch der Aufstieg der SVP zur stärksten Schweizer Partei begann hier. Mit dem Zentrum Zürich, den suburbanen Agglomerationsgemeinden, der wohlhabenden Goldküste und den ländlichen Gebieten z. B. im Weinland weist der Kanton eine Binnenstruktur auf, die viele der Gegensätze vereint, die auch für die übrige Schweiz von Bedeutung sind: Wie sich zeigen wird, können die Kantone der Deutschschweiz in der politischen Landschaft des Kantons Zürich verortet werden. Die vorliegende Publikation gibt einerseits einen Überblick über die gegenwärtige Lage, befasst sich aber auch mit den wesentlichen Entwicklungen und deren Ursachen. Nicht zuletzt liefert sie so auch Hintergrundinformationen zum besseren Verständnis der Kurzanalysen und Hochrechnungen, die das Statistische Amt an den Abstimmungs- und Wahltagen jeweils veröffentlicht.¹

Aggregats- und Befragungsdaten als Quelle

Diese Analyse des politischen Geschehens im Kanton Zürich kombiniert zwei statistische Quellen: Aggregats- und Befragungsdaten. Die Nationalratswahl- und Abstimmungsergebnisse auf Gemeindeebene sind Aggregatsdaten: Sie enthalten zusammengefasste Informationen über die politischen Entscheidungen der Stimmbürger. Die listenweisen Gemeinderesultate der Nationalratswahlen sind bis 1971, jene der eidgenössischen Abstimmungen bis 1981 zurück elektronisch verfügbar: So können auch langfristige Entwicklungen analysiert werden. Die Gemeinderesultate haben ausserdem den Vorteil, dass sie eine relativ feine, gleichzeitig allerdings auch sehr uneinheitliche räumliche Auflösung aufweisen. Wegen der Gemeindestruktur des Kantons Zürich ist der Detaillierungsgrad dort am höchsten, wo am wenigsten Stimmberechtigte wohnen, d. h. in den ländlichen Gebieten. Korrelationen in Aggregatsdaten lassen strenggenommen keine Schlüsse auf Zusammenhänge im Verhalten von Individuen zu. Es ist zwar z. B. einerseits bekannt, wie viele Wähler die SVP hat und andererseits auch wie viele Stimmberechtigte der Verwahrganginitiative zustimmten. Wie hoch der Anteil der SVP-Wähler war, die dieser Vorlage zustimmten, lässt sich daraus aber nicht schliessen. Auch die schwächere Aussage, dass die SVP-Wählerschaft dieser Initiative eher zustimmte, weil ein hoher SVP-Anteil mit einem hohen Ja-

Stimmenanteil in den Gemeinden einhergeht, steht, ausser in sehr speziellen Konstellationen unter dem Vorbehalt des sogenannten ökologischen Fehlschlusses. Umsichtig interpretiert können Aggregatsdaten aber trotzdem wertvolle Einsichten verschaffen – zumal sie oft das Einzige sind, was wir haben.²

Bei Befragungsdaten treten diese Probleme nicht auf: Die verschiedenen Fragen werden denselben Individuen gestellt, wodurch direkt ermittelt werden kann, wie hoch z. B. der Anteil der EU-Beitrittsbefürworter unter den SP-Wählern in der Stichprobe ist. Nach den Nationalratswahlen 2003 wurde mit «Selects» eine gesamtschweizerische Befragung zum Wahlverhalten und zu den politischen Einstellungen der Stimmberechtigten durchgeführt.³ Der Kanton Zürich hat sich daran finanziell beteiligt, was eine Aufstockung der Stichprobe auf seinem Gebiet ermöglichte. Mit 634 befragten Zürcher Stimmberechtigten ist die Stichprobe gross genug, um zumindest für die Anhängerschaften der grösseren Parteien repräsentative Aussagen auf Kantonsebene zuzulassen. Eine Regionalisierung ist dagegen bei dieser Stichprobengrösse nicht sinnvoll. Sie muss sich auf Aggregatsdaten abstützen.

Dieser Analyse liegen Daten zu eidgenössischen Urnengängen zugrunde. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits sind die eidgenössischen Aggregatsdaten in homogenisierter Form weit zurück verfügbar, und auch die Selects bezieht sich auf die Nationalratswahlen. Andererseits weichen die kantonalen Wahlergebnisse in der Regel nur unwesentlich von den nationalen ab. Die Resultate der eidgenössischen Abstimmungen sind zudem schweizweit vergleichbar und wegen der meist viel intensiveren öffentlichen bzw. medialen Diskussion auch aussagekräftiger.

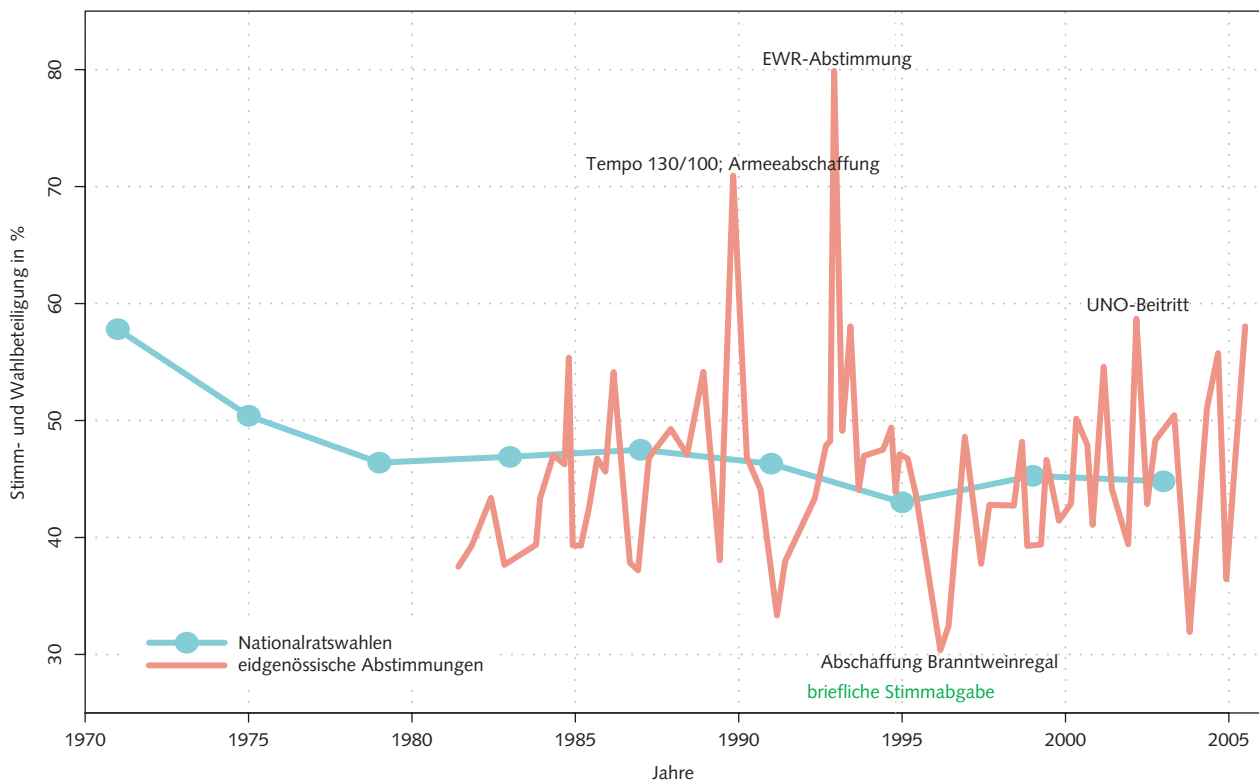
Rahmenbedingungen: Politische Partizipation

Die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen im Kanton Zürich ist seit den 1980er Jahren relativ konstant, nachdem sie in den 1970er Jahren, nach der Einführung des Frauenstimmrechts, noch erheblich zurückging. Bei der Stimmbeteiligung (eidg. Vorlagen) ist der Trend sogar eher etwas zunehmend (Grafik 1): In den 1990er Jahren betrug sie im Mittel etwa 45 Prozent, nach 2001 waren es 47 Prozent. Die Beteiligung an Terminen, bei denen nur kantonale Vorlagen zur Abstimmung kommen, ist im langjährigen Durchschnitt etwa 15 Prozentpunkte niedriger. Die Einführung der brieflichen Stimmgabe im Oktober 1994 hat im übrigen keinen statistisch nachweisbaren positiven Einfluss auf die Stimmbeteiligung gehabt.

Die Stimmbeteiligung variiert naturgemäss viel stärker als die Wahlbeteiligung: Der Gegenstand ist jedesmal ein an-


Grafik 1: Stimm- und Wahlbeteiligung im Kanton Zürich 1971(81)–2005

Nationalratswahlen und eidgenössische Abstimmungen (bei mehreren Abstimmungen Terminmittelwerte).



Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

derer und entsprechend unterschiedlich verlaufen auch die Abstimmungskämpfe. Wird bei stark umstrittenen Vorlagen ein knappes Resultat erwartet, so ist in der Regel das Medienecho gross und die Parteien und Interessenverbände erhöhen ihre Propagandaausgaben.⁴ Entsprechend ist in diesen Fällen auch eine überdurchschnittliche Mobilisierung zu erwarten. In der Tat besteht seit den 1990er Jahren ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Knappheit des Resultats und der Stimmbeteiligung. Bei sehr klar angenommenen oder verworfenen Vorlagen ist die Stimmbeteiligung meist niedrig, während bei Abstimmungen die relativ knapp ausgingen, die Stimmbeteiligung überdurchschnittlich war.

Die regionalen Unterschiede in der Stimmbeteiligung (Grafik 2) lassen den Einfluss zweier Faktoren auf die Partizipation erkennen: Einerseits ist sie in den Städten und insbesondere in den grossen suburbanen Agglomerationsgemeinden im Norden Zürichs niedriger als in den peripheren Gegenden des Kantons – von Ausnahmen wie Wald und Fischenthal im Zürcher Oberland abgesehen. Andererseits ist die Stimmbeteiligung in Gemeinden mit einer wohlhabenden Einwoh-

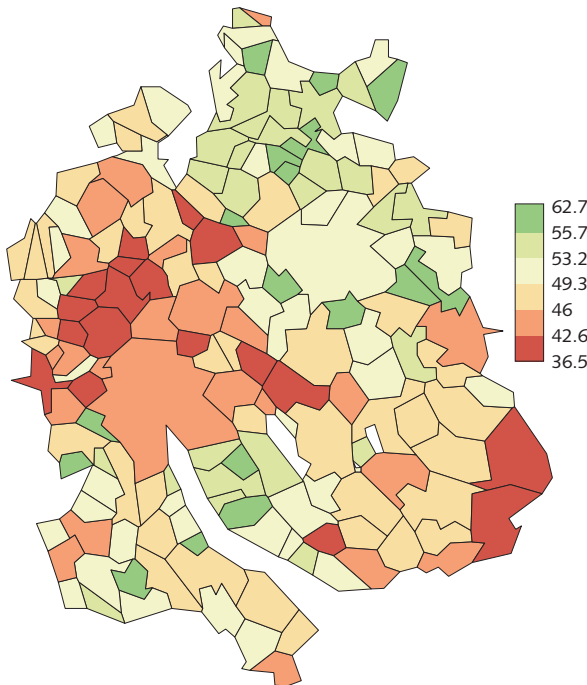
nerschaft (z. B. Goldküste, Uitikon) signifikant höher als in solchen, in denen das Medianvermögen vergleichsweise tief ist – die Stimmbeteiligung ist auch so von der sozialen Schichtzugehörigkeit abhängig. Der erstgenannte Gegensatz ist hingegen darauf zurückzuführen, dass in anonymen städtischen Gegenden der soziale Druck fehlt, der den Gang zur Urne (oder zum Briefkasten) als vornehmste Bürgerpflicht erscheinen lässt. Zur Verringerung dieses Drucks trägt wahrscheinlich auch ein hoher Anteil an Personen bei, die von der direkten Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen sind. Jedenfalls ist die Stimmbeteiligung signifikant dort besonders tief, wo der Ausländeranteil hoch ist

Über die Motivation der Einzelnen und die Soziodemographie der Wahlteilnahme gibt die Selects-Befragung Auskunft.⁵ Sie zeigt, dass Personen mit grossem Interesse an Politik und solche, die den Wahlen grosse Bedeutung beimessen eher daran teilnehmen. Dasselbe gilt auch für Personen, die sich selbst am extremen linken wie rechten Ende der Polit-Skala positionieren gegenüber jenen in der Mitte. Personen, die einer Partei nahestehen, gehen deutlich



Grafik 2: Stimmbeteiligung im Kanton Zürich

Durchschnittliche Stimmbeteiligung Eidg. Abstimmungen 2001 - 2004



Lesehilfe: Die Farbstufen teilen den Wertebereich der Stimmbeteiligung in das 10-, 30-, 50-, 70-, und 90%-Quantil ein: D. h. jene zehn Prozent der Gemeinden mit der niedrigsten Stimmbeteiligung sind jeweils Dunkelrot eingefärbt, weitere zwanzig Prozent mittelrot etc.. Insgesamt befinden sich je die Hälfte der Gemeinden im roten und im grünen Bereich. Das für die Analyse relevante geographische Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung besonders gut zu erkennen.

Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

häufiger wählen als die anderen. Dass die genannten politisch-ideologischen Faktoren, die untereinander natürlich eng zusammenhängen, die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme erhöhen, erstaunt nicht: Es handelt sich ja um direkt vorgelagerte Motivationen.

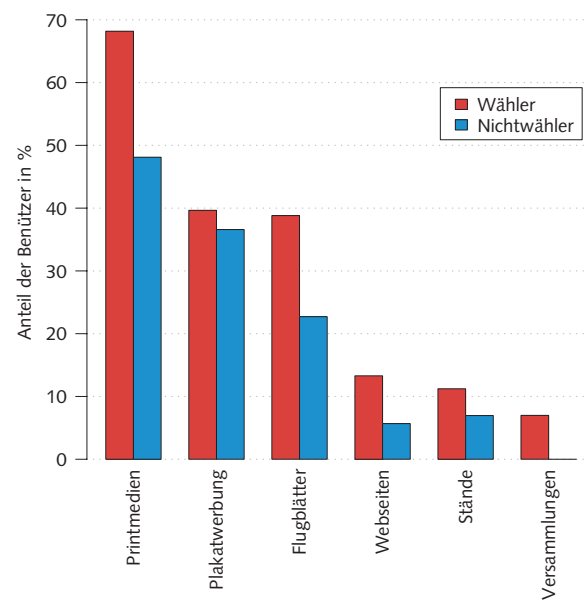
Bei den soziodemographischen Faktoren sind das Alter, das Geschlecht und die Ausbildung von Bedeutung. Bei den über 65-Jährigen beträgt die Wahlbeteiligung 58 Prozent; bei den unter 30-Jährigen sind es 32 Prozent. Die Wahlbeteiligung der Frauen ist mit 41 Prozent deutlich geringer als jene der Männer (55%). Mit 65 Prozent ist die Wahlbeteiligung unter den universitär Gebildeten fast doppelt so hoch wie bei Personen mit einem Lehrabschluss (37%). Interessant ist auch, dass sich fast die Hälfte (46%) der Personen, die nicht wählen gingen, dies «immer schon» wussten, und sich nur 22 Prozent unmittelbar vor der Wahl für die Nichtteilnahme entschlossen. Unter den Gründen dafür steht die Komplexität der Wahlen klar oben: Kaum eine Rolle spielt dagegen, dass man sich durch die Parteien und Kandidierenden nicht repräsentiert fühlt.

Unter den Kanälen für Parteipropaganda findet die traditionelle Werbung in den Printmedien nach wie vor am meisten Beachtung (Grafik 3), gefolgt von der Plakatwerbung und den Flugblättern im Briefkasten. Stände, das Internet und Parteianlässe (Podiumsgespräche etc.), d. h. Informationsmittel die tendenziell eine – mit Kosten verbundene – Aktivität der Stimmbürger erfordern, spielen dagegen nur für weniger als ein Zehntel der Wählerschaft eine Rolle. Der Beachtungsgrad ist bei den Wählenden generell höher als bei den Nichtwählern. Zwischen weiteren Merkmalen und der Mediennutzungsintensität bestehen dagegen keine signifikanten Zusammenhänge.

65 Prozent der Wählenden gaben an, brieflich zu wählen; die Urnengänger am Wahltag befinden sich mit 20 Prozent in einer klaren Minderheit. Eingeworfen werden die Wahlcouverts von der Hälfte der brieflich Wählenden in den letzten Tagen vor der Wahl und nur von einer Minderheit (8%) unter ihnen unmittelbar nach Erhalt des Stimmcouverts. Die tatsächliche Entscheidung scheint allerdings eher früher zu fallen: Von denjenigen, die angaben, gewählt zu haben, wusste fast die Hälfte (44%) «immer schon», wen sie wählen würden, und weitere 33 Prozent entschieden sich «Wochen vor der Wahl». Der Anteil der Unschlüssigen in den letzten Tagen vor dem Wahltermin war also mit 23 Prozent relativ gering.

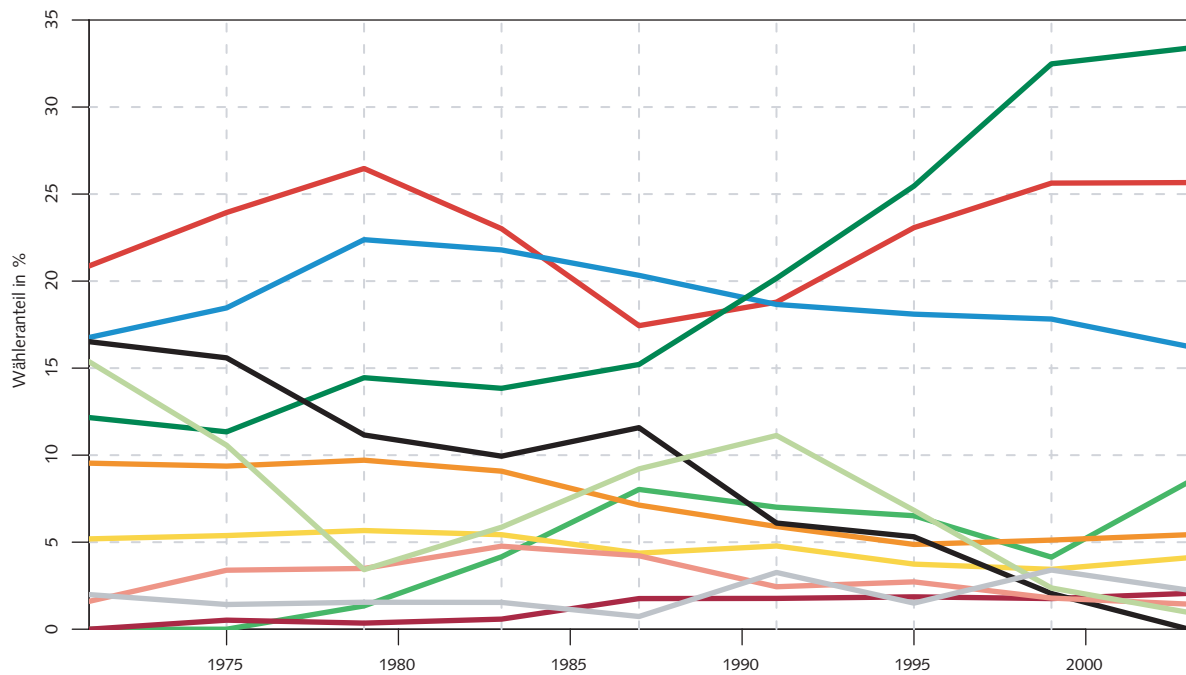
Grafik 3: Kanäle für Parteipropaganda

Nationalratswahlen 2003, Kanton Zürich

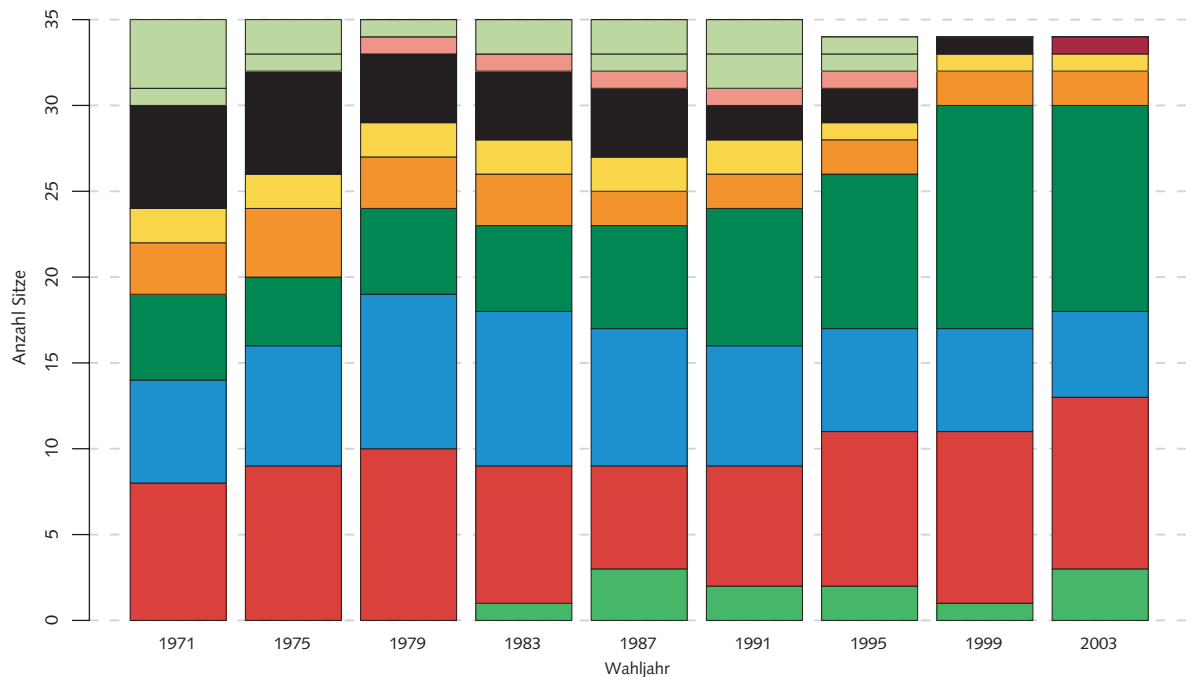


Quelle: Selects 2003, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Grafik 4: Wähleranteile der Parteien im Kanton Zürich 1971–2003



Grafik 5: Sitzverteilung in der Zürcher Nationalratsdelegation 1971–2003



Legende:

Grüne SP FDP SVP CVP EVP EDU LdU übrige Linksparteien¹ übrige Rechtsparteien² Kleinstparteien

¹ PdA, Poch, feministische und grün-alternative Gruppierungen

² Republikaner, Auto, bzw. Freiheitspartei, Schweizer Demokraten

Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich



Die Entwicklung des Parteiensystems: Wandel der Polarisierungsstruktur

Die Nationalratswahlen 2003 standen im Zeichen der Konsolidierung. Die Parteistruktur des Kantons veränderte sich nur geringfügig. Nur 6 Sitze wechselten die Partei, gegenüber 10 im Jahr 1999 – der niedrigste Wert seit Beginn der 1980er Jahre. Die Entwicklung der Wähleranteile und der Sitze in der zürcherischen Nationalratsdelegation seit 1971 ist in den Grafiken 4 und 5 dargestellt.⁶

Sie zeigen, dass das Wahljahr 1987 einen Wendepunkt darstellt. Die heutige Konstellation bildet den vorläufigen Endpunkt von Entwicklungen, die in den 1990er Jahren abliefen. Die SVP, deren Stimmenanteil sich im Verlauf der 1980er Jahre nur wenig veränderte, wurde in den 1990er Jahren zur mit Abstand stärksten Partei im Kanton Zürich. Die SP erreichte 1987 ihren Tiefpunkt und vergrösserte danach ihren Wähleranteil bis 2003 um 8,2 Prozent. Der Aufstieg der konkurrenzierenden Grünen in den umweltbewussten 1980er Jahren (Waldsterben, Schweizerhalle, Tschernobyl) ebnete in den 1990er Jahren dagegen ab – zusammen mit der Hochkonjunktur des Umweltthemas (siehe Eisner, Graf, Moser 2002). Ob die Verdoppelung des Wähleranteils der Grünen auf das Niveau von 1987 in den letzten Wahlen den Beginn eines neuen Trends darstellt, ist noch offen.

Zwischen 1987 und 2003 wurden aber auch Gruppierungen marginalisiert, die 1987 zusammen noch mehr als einen Viertel der Stimmen auf sich vereinigten. Der Landesring, der 1971 noch mit knappem Abstand auf die FDP die drittgrösste Partei im Kanton war, erreichte 1987 letztmals mehr als 10 Stimmenprozente: Danach begann der rasante Abstieg. Die Partei kandidierte 1999 zum letzten Mal. Die kleineren Rechtsparteien (Auto- bzw. seit 1994 Freiheitspartei und Schweizer Demokraten), erreichten 1991 noch ein fast an die Erfolge der Schwarzenbach-Republikaner in den 1970er Jahren heranreichendes Spitzenresultat – das aber gleichzeitig auch der Anfang einer zunehmenden Marginalisierung war. Einzig für die FDP bedeutet das Jahr 1987 keine Zäsur: Ihr Wähleranteil nimmt seit Ende der 1970er Jahre kontinuierlich ab.

Abstrahiert man von der rein parteipolitischen Ebene so war die Entwicklung des Zürcher Parteiensystems seit Beginn der 1990er Jahre geprägt durch eine Veränderung der Polarisierungsstruktur. In den 1980er Jahren standen oft neue Bewegungen am Rand des politischen Spektrums in Opposition zu den «staatstragenden», auch in den kantonalen und eidgenössischen Exekutiven vertretenen Grossparteien. Heute hat sich die Kontroverse in ihren Kreis verlagert: Sie findet zwischen der SVP und den übrigen Parteien und besonders natürlich der SP als Gegenpol statt. Insbesondere die SVP aber auch die SP haben sich Positionen zu eigen

gemacht, die in den 1980er Jahren von den jetzt weitgehend marginalisierten Kleinparteien vertreten wurden. Nicht zuletzt auch, weil der klassische Arbeiter im Kanton Zürich heute oft keinen Schweizer Pass mehr hat, und deshalb auch gar nicht stimmberechtigt ist, wandelte sich die SP von einer Arbeiter- und Gewerkschaftspartei zu einer Partei eines gehobenen, gutausgebildeten Mittelstands, dem die Gleichberechtigung, der Umweltschutz aber auch das Ja zur Europäischen Integration wichtig sind.

Die SVP vermochte dagegen die Wählerschaft am rechten Ende des Spektrums an sich zu binden – indem sie sich von der einstigen Bauern- und Gewerkepartei (wie sie sich bis 1971 nannte) mit ihrem soziodemographisch begrenzten Wählerpotential zur modernen nationalkonservativen Volkspartei wandelte, wie sie auch in anderen europäischen Ländern existiert. Die Analyse der Selects (S. 15) wird im einzelnen zeigen, wie die Parteienhängerschaften ideologisch und soziodemographisch positioniert sind. Die Parteienvielfalt verringerte sich im Gefolge dieser Entwicklung: 1987 verteilten sich die damals noch 35 Sitze des Kantons Zürich auf 10 Parteien: Heute teilen sich die 34 Sitze noch 7 Parteien.

Regionale Aspekte der Entwicklung der Parteienlandschaft

Die Entwicklung der Wähleranteile auf Kantonsebene ist am Ende ausschlaggebend für die Sitzgewinne und Verluste einer Partei: Sie sind aber das Resultat divergierender Entwicklungen in den Gemeinden, deren Analyse im Hinblick auf die Gründe aufschlussreich ist. Die Grafik 6 gibt einen Überblick über die regionale Verteilung der Wähleranteile der grösseren Parteien sowie die Entwicklung seit dem Wendejahr 1987.

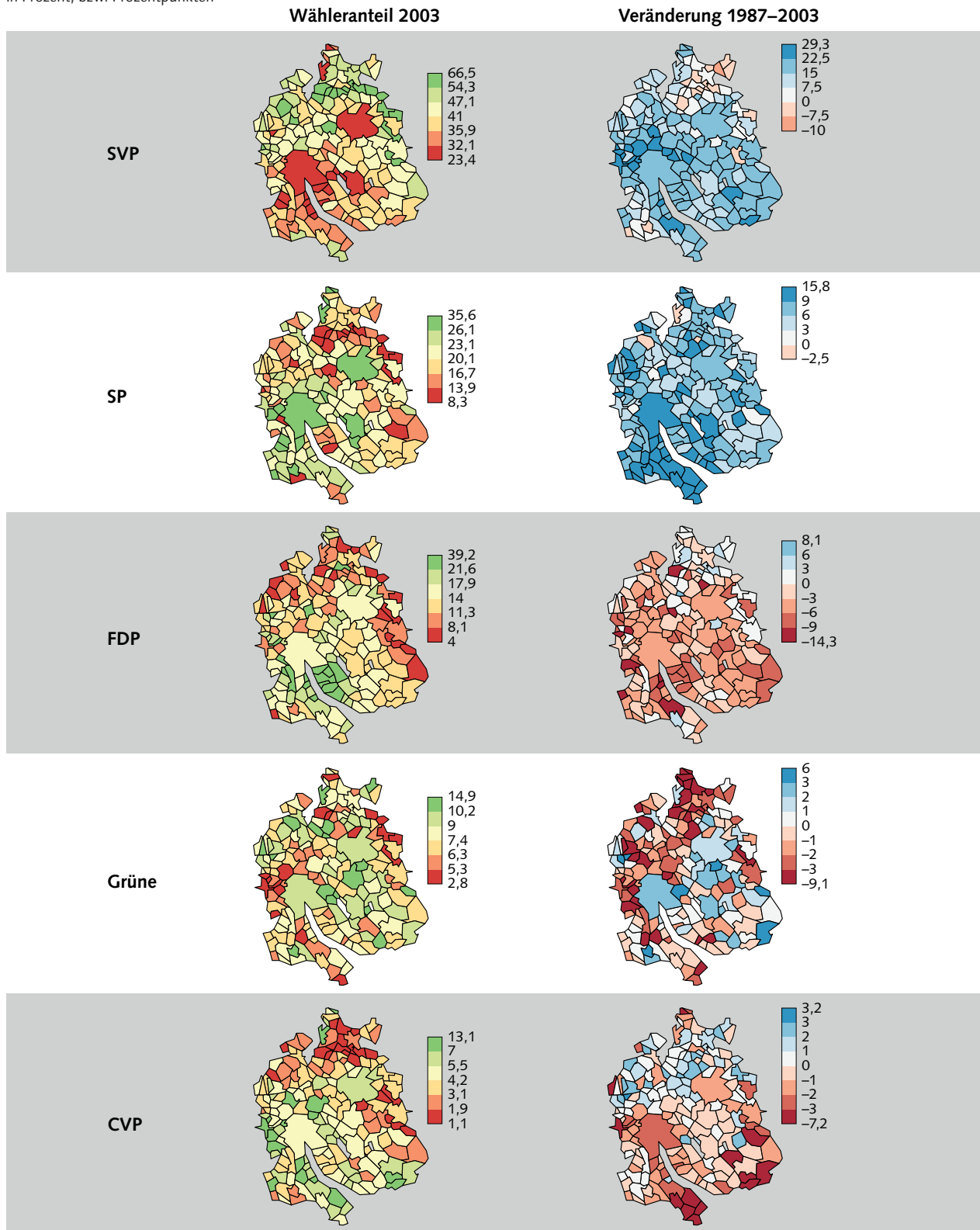
Eine langfristige Tendenz, dies vorweg, zeigt sich bei allen Parteien: Die Extreme verringern sich, die Verteilung der Parteiwählerschaften in den Gemeinden des Kantons wird immer homogener. Die Spannweite der Wähleranteile nimmt seit den 70er Jahren bei allen Parteien stetig ab. Diejenigen der SVP bewegten sich 1971 noch zwischen 4,7 und 79,6 Prozent; 2003 ist die Spanne durch 23,4 und 66,5 Prozent begrenzt. Bei der SP verhält es sich ähnlich: 1,9 und 37,5 Prozent gegenüber heute 8,3 und 35,7 Prozent: Die beinahe SP-wählerlose Landgemeinde der 70er Jahre gibt es heute nicht mehr.

Dieser langfristige Trend hat vermutlich zwei Gründe: Er ist einerseits das Resultat der Urbanisierung des Kantons im Gefolge der Ausdehnung des durch das Arbeitspendeln zentrumsbezogenen Agglomerationsgebietes (siehe auch statistik.info/2/2005). Diese Entwicklung hat den Stadt-Land



Grafik 6: Wähleranteile der Parteien und Veränderung 1987–2003

in Prozent, bzw. Prozentpunkten



Lesehilfe: siehe Grafik 2

Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Gegensatz tendenziell eingeebnet. Andererseits haben sich, wie bereits erwähnt, auch die Parteien gewandelt: Vertraten sie früher regional relativ klar verortbare Wählerschaften (die Arbeiter der SP wohnten in den Industriestädten, die Bauern und die Gewerbler der SVP auf dem Land), so handelt es sich heute um «Volksparteien», die ein soziodemographisch viel weniger scharf konturiertes Wählerpotential ansprechen als früher.

Der Vormarsch der SVP in der Agglomeration: Ein Erklärungsversuch

Das starke Wachstum der SVP, das im Kanton Zürich begann und sich im Rest der Schweiz auch in den Wahlen 2003 fortsetzte (+11 Sitze im Nationalrat) ist wohl die markanteste parteipolitische Entwicklung der vergangenen Dekade – und zweifellos diejenige, die am meisten zu reden gab. Die SVP hat ihren Wähleranteil im Kanton Zürich seit 1987 von 15 auf 33 Prozent gesteigert und damit von einem bereits relativ hohen Niveau ausgehend mehr als verdoppelt. Sie hat in absoluten Zahlen etwa 70000 Wähler hinzugewonnen. Bereits 1991 war sie die stärkste Partei im Kanton Zürich, bis 1999 verzeichnete sie einen starken Zuwachs, der sich allerdings in den Wahlen 2003 deutlich abschwächte.⁷

Auf einer rein parteipolitischen Ebene hat die SVP durch ihren programmatischen Rechtsruck Ende der 1980er Jahre offensichtlich das Wählerpotential der rechten Kleinparteien (Auto- bzw. Freiheitspartei, Schweizer Demokraten), die heute marginalisiert sind, aufgesogen. Das zeigen die klaren und signifikanten Zusammenhänge auf Gemeindeebene zwischen den Anteilsgewinnen der SVP und den Verlusten dieser beiden Parteien. Die Panaschierstatistik (siehe S. 14) unterstützt diese Interpretation zusätzlich.

Der Erfolg der SVP beruht zudem nicht zuletzt darauf, dass sie sich in den 1990er Jahren von einer noch stark regional verankerten Partei zu einer Partei gewandelt hat, die in keiner Gemeinde des Kantons weniger als 20 Prozent der Stimmen hat – sogar in der Stadt Zürich, wo der Stimmenanteil 1987 noch bloss 6,0 Prozent betrug (nicht viel mehr als 1971 mit 4,7%) beträgt er heute 23,3 Prozent.

Trotz dieses generellen Anstiegs ist die Veränderung des Wähleranteils der SVP regional sehr unterschiedlich: Der Zuwachs in Prozentpunkten ist in den innersten Agglomerationsgürteln Zürichs sowie ehemaligen Industriegemeinden wie Wetzikon, Rüti oder Horgen am grössten und nimmt dann mit zunehmender Entfernung von Zürich ab. In den ländlichen Gemeinden ist er am niedrigsten (Grafik 6).

Die geringere Zunahme (bzw. ganz vereinzelt sogar Abnahme) des SVP-Wähleranteils in den peripheren Gebieten

ist eine Folge des bereits beschriebenen Homogenisierungsprozesses. Es sind dies zudem meist Gemeinden, in denen der Anteil der SVP-Wähler bereits früher sehr hoch und entsprechend der Spielraum nach oben auch begrenzt war.

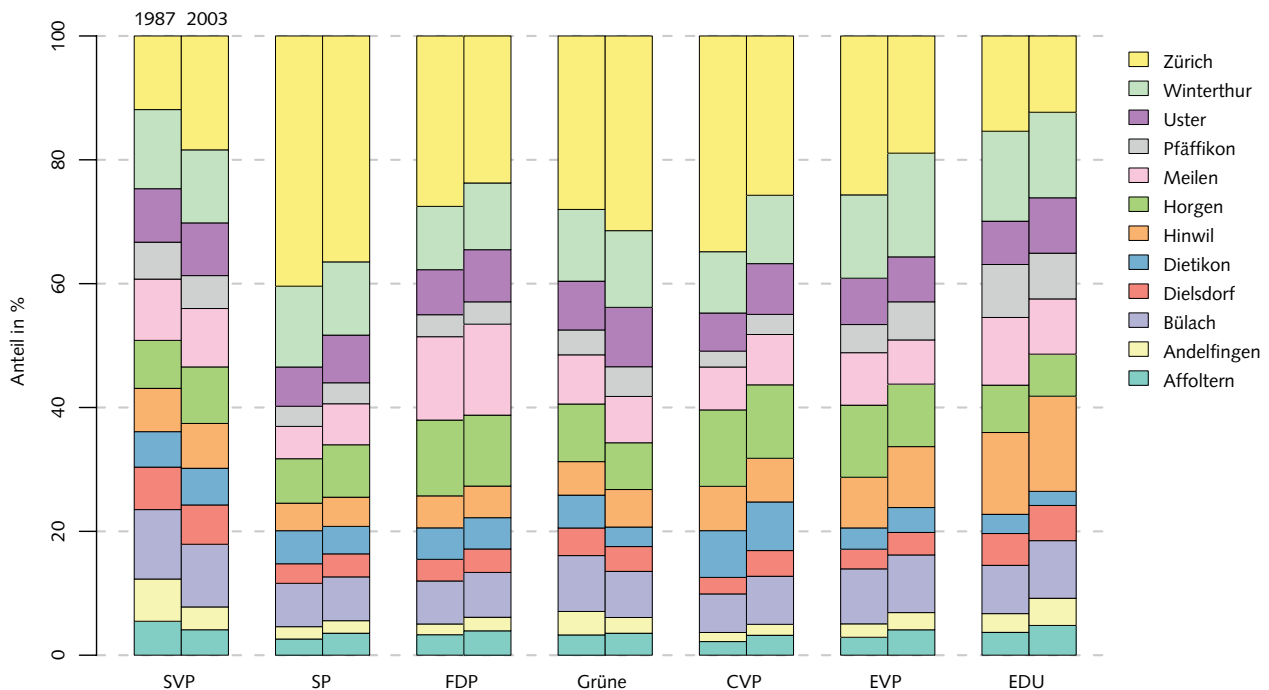
Was aber erklärt den Erfolg der SVP in den suburbanen Agglomerationsgemeinden? Das nationalkonservative Programm der SVP mit seinen Schwerpunkten in der Aussenpolitik (Bewahrung von Unabhängigkeit und Neutralität) und dem Ausländerrecht (restriktive Einwanderungs- und Einbürgerungspraxis sowie die Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs) sowie einer konservativen Familienpolitik kann verstanden werden als Antwort auf die Verunsicherung, welche die zunehmende Unübersichtlichkeit der Lebenswelt und die Beschleunigung der Entwicklung auslöst, die man mit dem Schlagwort der «Globalisierung» umschreibt (siehe auch Kriesi/Lachat 2004). Daraus ergibt sich die Hypothese, dass dort, wo sich in den 1990er Jahren die negativen Folgen dieser Entwicklung besonders ausgeprägt manifestierten auch die Stimmengewinne der SVP am grössten sein sollten. In der Tat bestehen signifikante Zusammenhänge zwischen der Zunahme des Stimmenanteils der SVP und einer Reihe diesbezüglicher Indikatoren – die zudem, auch das ist wichtig, bei den anderen Parteien nicht vorhanden sind. Überdurchschnittlich stark zugenommen hat der SVP-Anteil in Gemeinden, deren Einwohner in den 1990er Jahren mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten (hohe Sozialausgaben, hohe durchschnittliche Arbeitslosenrate, Desindustrialisierung) und in denen die kulturelle Homogenität der Bevölkerung überdurchschnittlich rasch abnahm (steigender Ausländeranteil, abnehmender Anteil Mitglieder der beiden christlichen Hauptkonfessionen).⁸

Die Veränderungen bei der SP (relativ gleichmässige Zunahme im ganzen Kanton) und bei der FDP (gleichmässige Abnahme) sind weniger dramatisch als bei der SVP: Die geringere Varianz der Gemeinderesultate lässt auf Aggregatenebene keine Schlüsse auf die Ursachen zu. Interessant ist hingegen, dass bei den Grünen – obschon sich der kantonale Wähleranteil zwischen 1987 und 2003 kaum veränderte – eine deutliche Verlagerung der Wählerschaft in die grossen Städte stattgefunden hat.

Konzentration der Wählerschaft

Die Grafik 6 zeigt, wo die Wähleranteile der Parteien besonders hoch bzw. niedrig sind, d. h. also wie das Stimmvolk der Gemeinden politisch «gefärbt» ist. Sie zeigen aber nicht, wo die Wähler der Parteien herkommen. Wenn beispielsweise die SVP hohe Wähleranteile auf dem Land hat, so bedeutet dies natürlich noch keineswegs, dass dort auch der grösste Teil der SVP-Wählerschaft wohnt.

Grafik 7: Regionale Verteilung der Wählerschaften: 1987 und 2000
Bezirke, in Prozent



Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Etwa ein Viertel (26%) aller Stimmberechtigten kam 2003 aus der Stadt Zürich. Obschon in den Städten die Wahlbeteiligung generell niedriger ist als auf dem Land (siehe Grafik 2), befindet sich dort bei allen Parteien deshalb auch ein erheblicher Teil der Wählerschaft. Am meisten sind es mit 37 Prozent bei der SP; bei der SVP sind es dagegen nur 19 Prozent. Die SVP ist jene unter den grossen Parteien, deren Wählerschaft sich am gleichmässigsten über den Kanton verteilt. Allerdings sind weitaus mehr im Bezirk Andelfingen, wo sie die höchsten Anteile hat, nur 3,7 Prozent der SVP-Wählerschaft. Grafik 7 zeigt auch, dass die meisten Parteien heute weniger Wählende in der Stadt Zürich haben als vor 15 Jahren: damals wohnte ja auch noch fast ein Drittel (32%) der Wählerschaft dort. Einzig bei der SVP und die Grünen entwickelte sich die Wählerbasis gegenläufig zu diesem Trend.

Die politische Landkarte des Kantons Zürich

Die regionalen Unterschiede in den parteipolitischen Präferenzen der Stimmbürgerschaft spiegeln sehr generelle politisch-ideologische Grundhaltungen wieder, wie sie in den Parteiprogrammen festgehalten sind – oder genauer noch, in den Vorstellungen, welche die Wählerschaft davon hat.

Diese ideologischen Grundhaltungen manifestieren sich aber auch in den Abstimmungsergebnissen, denn die Entscheidung über konkrete Sachfragen wird ja letztlich ebenfalls dadurch beeinflusst. Auch wenn die Unterschiede im Zuge der generellen politischen Homogenisierung des Kantons tendenziell seit den 1980er Jahren abgenommen haben, beträgt die Spannweite zwischen dem höchsten und dem tiefsten Ja-Stimmenanteil in den Gemeinden des Kantons bei den eidgenössischen Abstimmungen im Schnitt immer noch etwa 33 Prozentpunkte – von einer eintönigen kantonalen Politlandschaft kann also nicht die Rede sein. Da zudem pro Jahr im Schnitt etwa acht eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung kommen, wird, anders als bei den Wahlen, kontinuierlich neues Datenmaterial erzeugt, das für die Analyse verwertbar ist.⁹

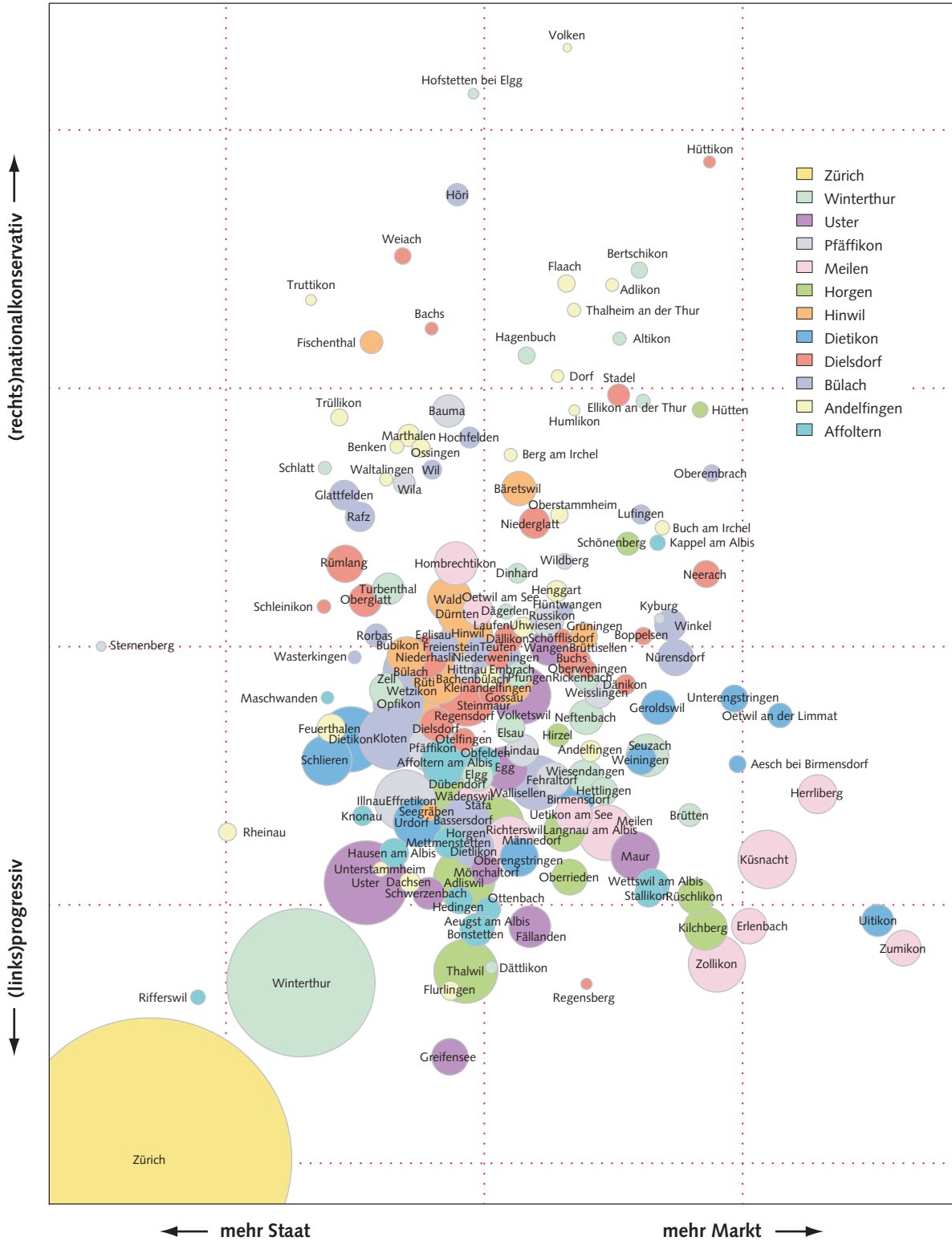
Die ideologischen Grundmuster, welche die kantonale Politlandschaft prägen, können aus der Vielfalt der Abstimmungsergebnisse, mit Hilfe statistischer Dimensionsreduktionsverfahren – hier einer sogenannten multidimensionalen Skalierung «herausdestilliert» werden.¹⁰

Das Resultat ist eine zweidimensionale Darstellung in der geläufigen Form der Landkarte. Zu lesen ist Grafik 8 näm-



Grafik 8: Die politische Landkarte des Kantons Zürich

multidimensionale Skalierung auf der Basis der eidg. Abstimmungsresultate der Jahre 2001–2004



Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich, eigene Berechnungen

lich genau gleich wie eine geographische Karte: Allerdings lassen sich daraus nicht Kilometerentfernungen zwischen den Gemeinden sondern sozusagen ideologisch-politische Distanzen ablesen. Je näher zwei Gemeinden auf dieser Landkarte beieinander liegen, desto ähnlicher stimmten sie in den eidgenössischen Abstimmungen der Jahre 2001 bis 2004 ab, je weiter sie voneinander entfernt sind, desto unterschiedlicher waren ihre Resultate – und desto grösser sind entsprechend die Unterschiede in der politisch-ideologischen Haltung ihrer Stimmbürgerschaft.

Grafik 8 zeigt, dass die politische Landschaft des Kantons Zürich eine dreipolige Struktur aufweist, die durch die Gemeinden Zürich, Volken und Zumikon aufgespannt wird. Die «extremsten» Gemeinden sind, mit Ausnahme der Stadt Zürich, gemessen an der Zahl der Stimmberechtigten meist eher klein. Das hat auch einen einfachen statistischen Grund: je weniger Stimmberechtigte, umso grösser ist die Wahrscheinlichkeit spezieller Konstellationen.¹¹ Im Gegensatz dazu weisen viele der grossen Agglomerationsgemeinden in der Kartenmitte, wie z. B. Volketswil, Regensdorf oder Bülach kein sehr ausgeprägtes Profil auf.

Wegen des grossen Stimmengewichts der Stadt Zürich liegt der «politische Schwerpunkt» des Kantons, d. h. jene Gemeinden, deren Ja-Stimmenanteile dem kantonalen Schlussresultat am nächsten kommen, etwas «südwestlich» der Kartenmitte. In Illnau-Effretikon, Wädenswil, Uster und Bassersdorf wich das Gemeinderesultat vom kantonalen Schlussresultat im Schnitt der 42 einbezogenen Abstimmungen weniger als 2 Prozentpunkte ab. Diesbezüglich am anderen Ende der Skala liegen Volken und Hüttikon, wo die durchschnittliche Abweichung nicht weniger als 15 Prozentpunkte betrug.

Die grundlegenden Dimensionen der politischen Geographie

Nicht nur die ideologische Entfernung zwischen den Gemeinden kann aus Grafik 8 herausgelesen werden, die politische Landkarte weist als Ganze auch eine Orientierung auf, d. h. die Achsen können beschriftet werden. Wie, das ist aus Grafik 9 ersichtlich, in der einige der zugrundeliegenden Sachvorlagen in diesen Raum projiziert werden. In Grafik 9 zeigen die Pfeile und deren Länge in welche Richtung und wie stark der Ja-Anteil bei einigen ausgewählten Abstimmungsvorlagen der Jahre 2001 bis 2004 zugenommen hat.¹²

Auf der vertikalen Achse stehen sich Gemeinden mit überdurchschnittlichen Ja-Anteilen für die Verwahrungsinitiative einerseits und andererseits der «Ja zu Europa»-Initiative diametral gegenüber. Geradezu paradigmatisch spiegelt sich

der Gegensatz aber auch in der Haltung zu den Optionen der Verwendung des Nationalbankgoldes (Stiftung bzw. AHV), über die sogar am selben Termin (22. 9. 2002) abgestimmt wurde. Auf einer etwas höheren Abstraktionsebene stehen Vorlagen dieser Art in einem ideologischen Spannungsfeld, an dessen Polen eine national-konservative «bodenständige», sicherheitsbetonte «rechte» Haltung einer weltoffenen, sozial und politisch progressiven «linken» politischen Grundideologie gegenübersteht – wobei damit natürlich keine Wertung verbunden ist. Auf dieser Achse stehen die grossen Stadt- den kleinen Landgemeinden gegenüber. Mit Ausnahmen allerdings: Rifferswil (557 Stimmberechtigte) im Knonauseramt stimmt zum Beispiel regelmässig sehr ähnlich wie die beiden grössten Städte des Kantons ab.

Diese beiden Eigenheiten der politischen Struktur des Kantons sind im übrigen auch der Grund dafür, dass eine Hochrechnung der Abstimmungsergebnisse, wie sie das statistische Amt an den Wahl- und Abstimmungssonntagen durchführt, meist sinnvoll ist, weil sie das Schlussresultat besser zu prognostizieren vermag, als das Stimmenverhältnis im bereits ausgezählten Kantonsgebiet. Jene kleinen Gemeinden, deren Resultate bereits im Verlauf des Morgens vorliegen, sind in der Regel nicht repräsentativ für den Kanton als Ganzes, andererseits unterscheiden sich ihre Resultate in systematischer Weise genug, um als Grundlage für eine Hochrechnung dienen zu können. Über das Verfahren gibt [statistik.info 26/2003](http://statistik.info/26/2003) Auskunft.

Auf der anderen Achse stehen die Befürworter eines starken, ins Wirtschaftsleben intervenierenden Staates (Ja zur Post-Initiative, zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer) den Befürwortern des freien Marktes, bzw. eines schlankeren Staates gegenüber (Ja zur II. AHV-Revision, zum Elektrizitätsmarktgesetz etc.). Letztere sind vor allem in den einkommensstarken Seegemeinden zu finden. Diese Grundstruktur ist im übrigen langfristig sehr stabil: Gegenüber der in [statistik.info 11/2001](http://statistik.info/11/2001) publizierten, auf der Grundlage der Abstimmungen des Jahres 2000 berechneten Karte sind die Unterschiede sehr gering.

Der Spezialfall Stadt Zürich

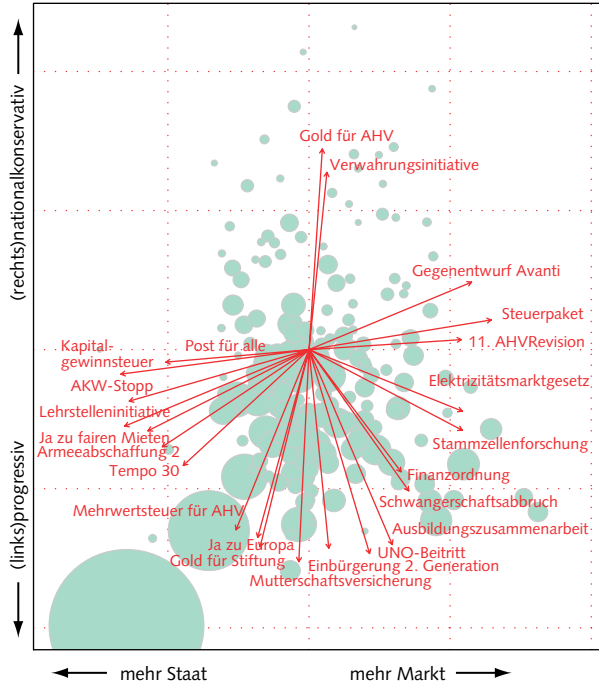
Zürich ist als Grosstadt mit einer eigenen Tradition und einem eigenen politischen Klima ein Spezialfall. Grafik 10 zeigt, wo die Stadtkreise in der politischen Landschaft des Kantons liegen. Interessant ist einerseits, dass die Zürcher Stadtkreise fast so stark streuen, wie die Gemeinden des Kantons Zürich und dass andererseits – leicht gedreht – die kantonale Dreiecksstruktur ebenfalls zu erkennen ist. Ganz «links» unten die ehemaligen Arbeiterquartiere (Kreise 4 und 5), rechts die wohlhabenden Kreise 1 und 7, der «Zürichberg», der aber doch deutlich linker abstimmt als die benachbarten und so-



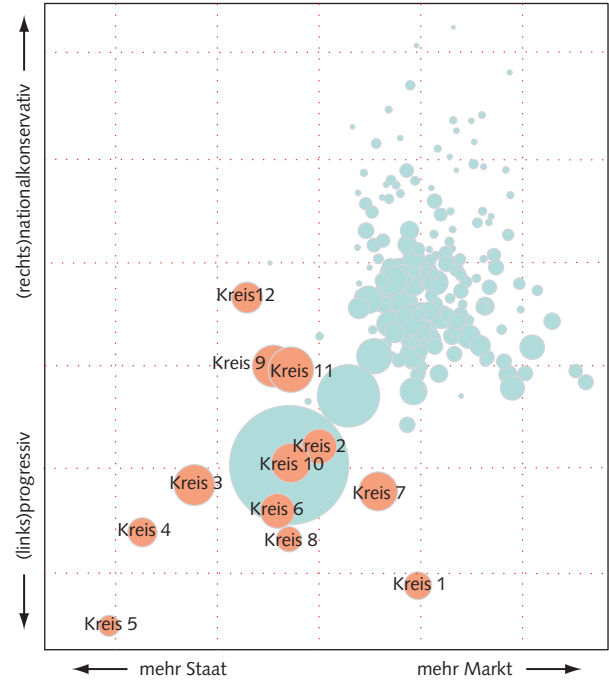
Grafiken 9–12: Die politische Landkarte des Kantons Zürich ...

9: ... und das Abstimmungsverhalten;

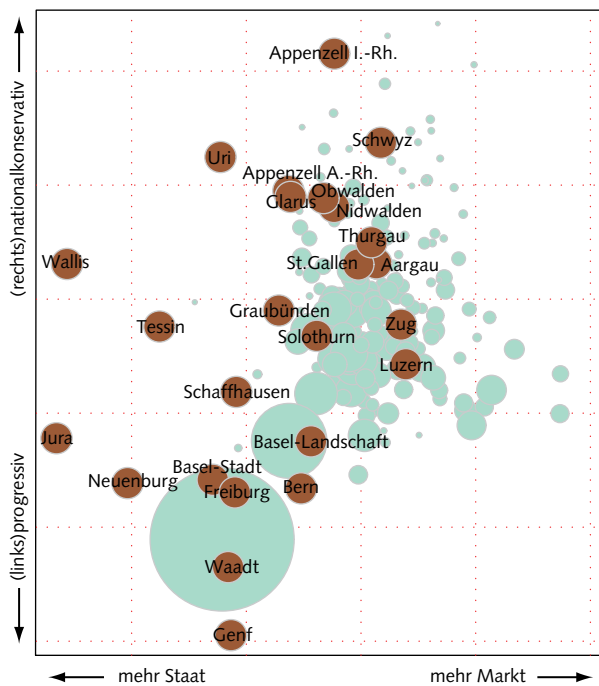
Ausgewählte Abstimmungen 2001–2004



10: ... die Stadtzürcher Kreise;

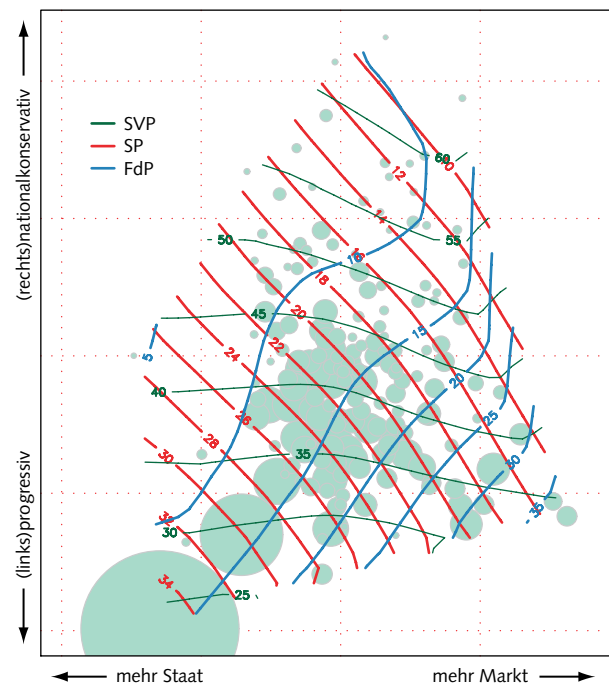


11: ... die Kantone;



12: ... die Wähleranteile der SVP, SP und FDP

Nationalratswahlen 2003, in %



Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich, eigene Berechnungen



ziodemographisch recht ähnlichen Goldküstengemeinden. und als dritter Pol der «rechte» Kreis 12, Schwamendingen, wo auch die SVP mit einem Wähleranteil von 35 Prozent 2003 das beste Resultat in der Stadt Zürich erreichte.

Die (Deutsch-)Schweiz im Kanton Zürich

Wo stehen die Schweizer Kantone politisch im Vergleich mit den Gemeinden des Kantons Zürich? Das Dimensionsreduktionsverfahren erlaubt es, auch diese Frage zu beantworten (Grafik 11).¹³ Die konservativen Kantone der Ur- und Ostschweiz (z. B. Uri, beide Appenzell, Schwyz) stimmen ähnlich ab, wie manche zürcherische Landgemeinden, während andererseits die Stadt Zürich nahe bei den anderen Stadtkantonen (Basel-Stadt, Genf) liegt. Politisch gar nicht im Kanton Zürich «unterbringen» lassen sich dagegen Kantone wie etwa das Wallis, der Tessin und der Jura; deren Stimmbürgerschaft ist Staatsinterventionen sehr viel zugeneigter. Im Wallis und im Jura erreichte beispielsweise der Ja-Anteil für die «Post für alle»-Initiative schweizerische Spitzenwerte – und minimale bei der 11. AHV-Revision und dem Steuerpaket. Umgekehrt findet die liberale Haltung in den Zürcher Seegemeinden keine Entsprechung bei den übrigen Kantonen. Der Grund dafür dürfte wahrscheinlich sein, dass die Gestade des unteren Zürichsees zu den wohlhabendsten Gegenden der ganzen Schweiz gehören. Zu berücksichtigen ist dabei freilich, dass es sich bei den Kantonsresultaten um Durchschnitte handelt, hinter denen sich eine erhebliche Variabilität auf Gemeindeebene verbergen kann – wie dies gerade der Kanton Zürich zeigt.

Wahl- und Abstimmungsverhalten hängen eng zusammen

Grafik 12 schlägt den Bogen zurück zu den regionalen Unterschieden im Wahlverhalten (siehe S. 6 ff.). Wenn man die Wähleranteile der drei grossen Parteien als «Höhenlinien» in die Abstimmungslandkarte einträgt, so zeigt sich, dass sie auch die Struktur des Wahlverhaltens abbildet. Die drei Pole korrespondieren mit den Hochburgen von SVP (Weinland), SP (Zürich) und FDP (Goldküste) – wie das aufgrund der Achsenbeschriftung auch naheliegt. Zwar ist auch hier ein ökologischer Fehlschluss nicht ganz auszuschliessen (siehe S. 2): Die Konsistenz und Plausibilität der Zusammenhänge zwischen Wahl- und Abstimmungsverhalten auf Gemeindeebene, die sich auch bei den einzelnen Abstimmungen immer wieder zeigt, lässt aber doch vermuten, dass es letztlich im wesentlichen mehr oder weniger dieselben Individuen sind, deren politische Grundhaltungen in den Resultaten der beiden politischen Hauptinstrumente der direkten Demokratie zum Ausdruck kommen.

Die Parteien und Ihre Wählerschaften unter der Lupe

Die Analyse der Selects-Daten unterstützt diesen Befund zusätzlich. Eine methodische Bemerkung vorweg: Im Rahmen dieser Befragung wurde einerseits nach der tatsächlich gewählten Partei gefragt, andererseits nach der Parteisympathie. In dieser Analyse wird die Antwort auf letztere Frage als Mass für die Parteianhängerschaft verwendet. 456 Personen der Zürcher Stichprobe haben eine Parteianhängerschaft ausgewiesen. Mehr als 30 Personen – eine untere Grenze für sinnvolle Aussagen – wurden nur bei den grossen vier (SVP, SP, FDP, Grüne) sowie den Parteilosen befragt.

Ein gebräuchlicher allerdings sehr einfacher Indikator für die politische Haltung ist die (Selbst)Einstufung auf einer von 0 bis 10 reichenden links-rechts Skala mit dem Neutralwert 5. Die Mittelwerte zeigen, dass sich die Anhänger der SPS und der Grünen im Schnitt etwa gleichweit und klar links (3,0 und 3,3), diejenigen der FDP (6,1) leicht rechts von der Mitte positionieren – und die SVP-Anhängerschaft ist dann mit einem Mittelwert von 7,2 sehr klar rechts – d. h. etwa soweit rechts wie diejenige der SP sich als links einstuft. Personen ohne spezifische Parteisympathie positionieren sich dagegen mehrheitlich in der Mitte.

Parteiaffinitäten: Sympathie links – Distanz rechts der Mitte

Differenzierte Auskunft über die Parteiaffinitäten gibt die Grafik 13. Neben der primären Parteipräferenz wurde in der Selects nämlich auch erfragt, wie wahrscheinlich es sei, dass eine bestimmte Partei gewählt würde (auf einer Skala, die von 0 bis 10 reichte). Dies erlaubt eine Einschätzung der Treue der Parteianhängerschaften und ihrer Nähe zueinander. Grafik 13 zeigt die Resultate im Überblick.

Zunächst zeigt sich, nicht überraschend, dass die Wahrscheinlichkeit, die eigene Partei zu wählen, weitaus am höchsten ist. Davon abgesehen können sich Grüne und SP-Anhänger am ehesten vorstellen, die jeweils andere Partei zu wählen, und zwar etwa im gleichen Ausmass. Dieser gegenseitigen Sympathie auf der linken Seite des politischen Spektrums steht rechts der Mitte ein doch deutlich distanzierteres und zudem auch asymmetrisches Verhältnis gegenüber. Im Schnitt würden die FDP-Parteigänger ihre Stimme sogar fast noch etwas lieber der SP oder den Grünen geben als der SVP. Bei den Anhängern der SVP ist dagegen die Sympathie für die FDP sehr klar höher als für die Linksparteien. Relativ gleichmässig verteilen sich dagegen die Neigungen der Stimmberechtigten ohne explizite Parteipräferenz.

Grafik 13: Parteiaffinitäten

Durchschnittliche Wahrscheinlichkeit eine Partei zu wählen, nach Parteizugehörigkeit

		Die Anhänger von...					
		SP	GP	FDP	SVP	übrige	keine
wählen mit Wahrscheinlichkeit x ...	SP	9	6.9	3.5	2.6	4.5	4.1
	GP	7.1	9	3.9	2.5	4.7	4
	FDP	3.7	3.5	8.9	4.4	3.9	3.8
	SVP	0.9	1.3	3	8.7	4	4.2

Lesehilfe: gefragt, wie hoch die «Wahrscheinlichkeit» sei, dass sie SVP wählen würden, haben die Anhänger der FDP im Schnitt mit einer 3 geantwortet (Kreuzungspunkt der Spalte FDP und der Zeile SVP). Die Skala reichte dabei von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich).

Quelle: Selects 2003, eigene Berechnungen
Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Selects-Daten können im Kanton Zürich nur für die grösseren Parteien ausgewertet werden. Mit der Panaschierstatistik der letzten Nationalratswahlen sind aber glücklicherweise äquivalente Aggregatsdaten vorhanden, die auch Aussagen für kleinere Parteien zulassen. Beim Panaschieren werden bekanntlich Kandidierende anderer Listen auf einen ausgewählten Wahlzettel geschrieben. Berücksichtigt man ausser den Panaschierstimmen auch die Anzahl der Wahlzettel, auf welche die Wähler einer Partei panaschieren konnten, sowie die Auswahl der Kandidierenden, die von der Gegenpartei angeboten wurden, so erhält man einen Indikator¹⁴, der in etwa der Wahlwahrscheinlichkeit entspricht, die in der Selects direkt erfragt wurde. Er ist in Form einer Panaschiermatrix in Grafik 14 abgebildet.

In der Tat decken sich die Hauptaussagen der Befragung und der Aggregatsdaten im Überschneidungsbereich weitgehend. Sowohl die gegenseitige Sympathie der Wählerschaft der Grünen und der SP, wie auch die Tatsache, dass die Sympathie der FDP-Wähler für die SVP nicht wesentlich grösser ist als jene für die linken Parteien, wird auch durch die Panaschierstatistik abgebildet (Grafik 14).

Grafik 14: Panaschiermatrix Nationalratswahlen 2003

Abgegebene Panaschierstimmen je Wahlzettel der Quellpartei und Anzahl Kandidierende der Zielpartei

		Quellpartei										
		FGA ¹	SP	Grüne	CVP	EVP	FDP	SVP	SD	FP	EDU	Übrige
Zielpartei	FGA ¹		3	3.1	0.3	0.3	0.2	0.1	0.2	0.3	0.1	2.2
	SP	21.1		21.7	6.7	7	5.2	1	1.3	1.6	0.5	11.3
	Grüne	10.1	10.1		3.5	4.3	2.6	0.8	1.6	0.6	0.5	6.2
	CVP	0.7	3	4.5		4	4.7	1	1.2	1.9	0.8	4
	EVP	0.9	2.6	4.4	2.8		1.9	0.9	1.6	1.4	5.7	3.7
	FDP	1.1	3.6	4	7.6	4.9		5.5	1.8	2.3	1.2	5.4
	SVP	0.2	0.7	1.2	2.9	2.9	5.8		8.4	10.3	5.9	2.4
	SD	0.1	0.2	0.3	0.4	0.5	0.3	1.6		3.8	0.9	1.2
	FP	0	0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.3	1.6		0.2	0.6
	EDU	0.1	0.1	0.3	0.4	5	0.3	1.1	1.9	0.8		1
	Übrige	2.6	1.9	2.5	1.1	1.2	0.8	0.3	0.8	0.8	0.2	

Lesehilfe: Je höher der Wert in der Tabelle, desto mehr Panaschierstimmen gehen von den Wahlzetteln der Quellpartei an die Zielpartei. Über die genaue Berechnung des Indikators gibt Fussnote 14 Auskunft.

¹ FGA: feministische und grün-alternative Gruppierungen
Quelle, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich, eigene Berechnungen



Die Zeilen und Spalten der Panaschiermatrix sind in Grafik 14 nach der Intensität des Stimmentausches geordnet. So werden die politischen Verwandtschaftsverhältnisse und Blockbildungen erkennbar. Sie entsprechen den Erwartungen, die sich aus dem geläufigen Links-Rechts-Schema ergeben. Die Linksparteien bilden eine Gruppe, wobei die SP und die Grünen mit den Parteien der politischen Mitte – CVP, EVP und FDP – relativ eng verbunden sind. Die Rechtsparteien – SVP, SD, FP und EDU – bilden dann einen weiteren klar erkennbaren Block. Auch dieser Block ist allerdings nicht nur auf sich selbst bezogen, denn zwischen der SVP und der FDP ist der Stimmentausch relativ intensiv.

Interessant ist zudem, dass einige der Beziehungen asymmetrisch sind. Die Wählerschaften der kleineren Rechtsparteien (Schweizer Demokraten, EDU, Freie Partei) zeigen eine recht ausgeprägte Affinität zur SVP, während das Umgekehrte nicht der Fall ist. Dasselbe gilt für das Verhältnis der Feministischen und Grün-Alternativen Parteien (FGA) zur SP. Es liegt nahe, diese statische, panaschierstatistische Momentaufnahme mit der Dynamik des Parteiensystems in den vergangenen 15 Jahren in Verbindung zu bringen. Die einseitige Panaschierneigung der Wählerschaft an den rechten und linken Rändern des politischen Spektrums zugunsten der Grossparteien SVP und SP wäre so ein Indikator für die Neigung zum Parteiwechsel, welche die stark abnehmenden Wähleranteile dieser Kleinparteien zu erklären vermag (siehe oben S. 4ff.).

Die einzigen Parteien, die sich nicht an diese diagonale links-rechts-Struktur «halten» sind die EVP und die EDU, denn zwischen ihnen ist der Stimmentausch relativ ausgeprägt. Beiden Parteien gemeinsam ist die Berufung auf evangelisch-christliche Grundwerte: Es ist anzunehmen, dass dies auch der Grund ist für die gegenseitige Neigung ihrer Wählerschaften ihre Kandidaten auf die eigene Liste zu panaschieren.

Ideologie und Weltbild der Parteianhängerschaften

Die Aggregatsdaten der Panaschierstatistik zeigen wie nahe oder fern sich die Wähler der Parteien stehen, aber nicht, welche inhaltlichen Differenzen dem zugrunde liegen. Dazu werden die Befragungsdaten der Selects benötigt. Was zeichnet den typischen SVP-, FDP- oder SP-Anhänger aus? Wodurch unterscheiden sie sich?

Die Resultate der Selects werden zum einen tabellarisch dargestellt (Tabelle 1), wobei die Farbcodierung den Überblick und die Erfassung der wesentlichen Gemeinsamkeiten und Differenzen erleichtern soll. Bei den Prozentwerten ist stets zu beachten, dass sie aus relativ bescheidenen Stichproben

gewonnen und deshalb mit einer entsprechend grossen Unsicherheit behaftet sind; kleine Differenzen (weniger als ~15 Prozentpunkte) können auch bloss zufällig sein.¹⁵ Komplementär dazu steht die grafische Darstellung einiger besonders aussagekräftiger Indikatoren in Grafik 15. Diese Darstellung ist ähnlich zu lesen wie die Landkarte (Grafik 8): Nahe beieinander liegende Merkmale gehören zusammen. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass die SVP-Anhängerschaft eines Befragten sehr oft mit dessen Sympathie für Christoph Blocher einhergeht, kaum je dagegen mit Sympathie für die SP-Bundesrätin Calmy-Rey.¹⁶

Geringe Unterschiede zwischen SP und Grünen...

Ein Resultat des vorhergehenden Abschnitts wird auch bestätigt, wenn man die ideologische Distanz in ihre einzelnen Dimensionen zerlegt: die enge Verwandtschaft zwischen den Anhängerschaften der SP und der Grünen Partei. Signifikante Unterschiede gibt es kaum, wie sich aus Tabelle 1 unschwer erkennen lässt. Eine Ausnahme ist die ökologische Dimension, die in der Selects durch die Zustimmung zur Nutzung der Atomkraft erfasst wurde. Das Nein zur Kernkraft ist bei den Grünen deutlich ausgeprägter als bei der SP. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die Alterszusammensetzung der Anhänger der Grünen als einzige deutlich von derjenigen der anderen Parteien abweicht: Leute mittleren Alters, d. h. die 30–50-Jährigen haben bei den Grünen mit 50 Prozent einen (knapp signifikant) deutlich höheren Anteil. Natürlich kann eine Zufälligkeit nicht ausgeschlossen werden. Die Vermutung ist aber naheliegend, dass sich dahinter auch ein Generationen-, bzw. Kohorteneffekt verbirgt: es war ja gerade die Babyboom-Generation, die in den umweltbewegten 1970er und 80er Jahren politisch sozialisiert wurde.

...sehr wohl aber zwischen FDP und SVP-Anhängern

Die ideologischen Gemeinsamkeiten der Anhängerschaften der beiden bürgerlichen Parteien sind demgegenüber deutlich geringer – wofür ja bereits das Panaschierverhalten Indizien lieferte. Unterschiede bestehen zum einen in der Frage des Verhältnisses zur EU und zu Ausländerfragen: Die Haltungen der SVP-Anhänger im nationalkonservativen programmatischen Kernbereich ihrer Partei werden von denen der FDP nicht oder im Asylbereich nur bedingt geteilt. Ein zweiter Bereich betrifft die Rolle des Staates zwischen Laissez-faire und Interventionismus: die FDP-Basis ist hier deutlich liberaler als diejenige der SVP. Staatliche Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit werden zwar auch von den FDP-Anhängern mehrheitlich befürwortet, aber der Anteil ist mit 71 Prozent doch deutlich niedriger. Auch eine Erhöhung des AHV-Alters können sie sich eher vorstellen als diejenigen



Tabelle 1: Einstellungen und Soziodemografie der Parteianhängerschaften im Kanton Zürich

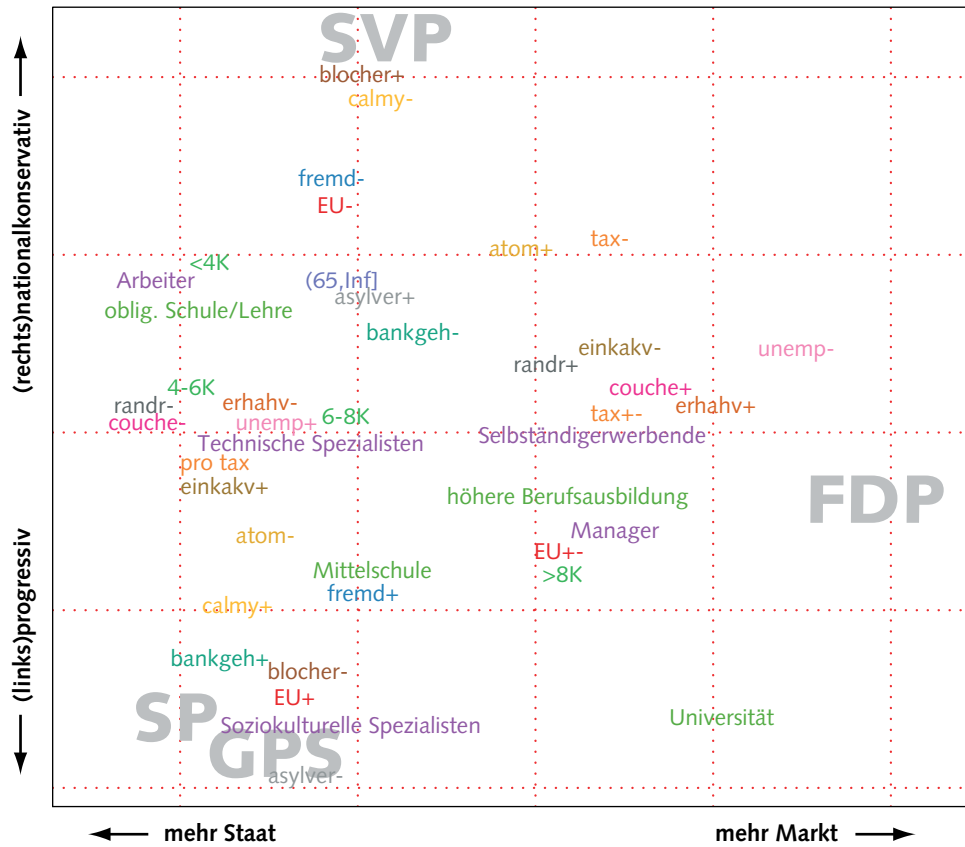
	SP	GPS	FDP	SVP	keine	
Einstellungen	Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit: +	92	90	71	85	90
	-	8	10	29	15	10
	Einkommensabhängige Krankenkassenprämien: +	80	70	35	58	70
	-	20	30	65	42	30
	Erhöhung des AHV Alters: +	10	8	44	23	13
	-	90	92	56	77	87
	Verschärfung der Asylkriterien: +	47	44	78	96	83
	-	53	56	22	4	17
	Abschaffung des Bankgeheimnisses: +	42	55	18	13	21
	-	58	45	82	87	79
	EU Beitritt: +	70	60	39	10	31
	±	8	8	24	5	9
	-	22	32	37	85	60
	gleiche Chancen für Ausländer: +	74	72	62	37	43
	±	8	18	11	13	18
	-	18	10	27	50	38
	stärkere Steuerprogression: +	86	72	21	58	71
	±	14	18	58	27	20
	-	0	10	22	15	8
	Atomenergie: +	16	8	55	60	29
	±	14	0	10	6	7
	-	70	92	35	34	64
	Förderung von Randregionen: +	13	15	32	23	13
	±	55	51	58	54	51
	-	32	33	10	23	36
	Sympathie für Blocher: -	75	72	40	0	30
	±	20	25	49	33	52
	+	5	2	11	67	18
	Sympathie für CalmyRey: -	1	8	8	28	18
	±	37	42	72	58	52
+	62	50	20	14	30	
Sympathie für Couchepin: -	34	28	10	22	32	
±	63	68	60	70	54	
+	3	5	30	7	14	
Soziodemografie	Einkommen: <4000 Fr.	13	9	6	12	20
	4000-6000 Fr.	19	25	10	29	26
	6000-8000 Fr.	23	25	9	22	23
	>8000 Fr.	45	41	75	37	30
	Alter: unter 30-jährig	12	18	16	15	17
	30-50-jährig	32	50	34	24	34
	50-60-jährig	35	20	25	33	29
	65-jährig und älter	21	12	25	28	20
	Privatsektor	60	53	80	83	77
	Öffentlicher Sektor	40	47	20	17	23
	Ausbildung: oblig. Schule/Lehre	45	42	33	67	68
	DMS/Mittelschule	24	25	26	12	12
	höhere Berufsausbildung	18	22	25	17	17
	Universität	14	10	15	4	3
	Soziale Klasse: Selbständigerwerbende	9	21	21	12	11
Manager	19	12	26	19	13	
Technische Spezialisten	31	15	26	25	23	
Soziokulturelle Spezialisten	15	21	7	6	6	
Arbeiter	26	30	20	38	47	

Lesehilfe: die Bezugsgrösse der Prozentzahlen (100%) ist jeweils das Total der Parteianhänger, die die jeweilige Frage beantwortet haben. Die möglichen Antwortkategorien haben dabei dieselbe Farbe. Bei der SP sind z.B. 70 Prozent für (+) den Beitritt zur EU und 8 Prozent indifferent (±), und 22 Prozent dagegen (-). Bei der SVP sind hingegen 10 Prozent dafür und 85 Prozent dagegen. Um die Interpretation der Tabellen zu erleichtern, sind die Zellen eingefärbt: Hohe Werte dunkelrot und niedrige weiss.

Quelle Selects 2003, eigene Berechnungen


Grafik 15: Einstellungen und Soziodemographie der Parteilängerschaften im Überblick

Multidimensionale Korrespondenzanalyse, ausgewählte Merkmale der Selects-Befragung



Die Farbcodierungen entsprechen denjenigen in Tabelle 1

Lesehilfe: siehe Text Seite 15

Quelle: Selects 2003, eigene Berechnungen, Grafik: Statistisches Amt des Kantons Zürich

der SVP. Bei den FDP-Anhängern ist auch der Anteil derer, die ein nichtprogressives Steuersystem¹⁷ oder einkommensunabhängige Krankenkassenprämien befürworten höher als bei der SVP.

Ein Blick auf die Soziodemographie der beiden bürgerlichen Parteien fördert ebenfalls interessante Unterschiede zu Tage. Die FDP ist tendenziell eine Partei der gut Ausgebildeten (wie auch die Grünen und die SP) und (sehr) gut Verdienenden: die SVP dagegen nicht. Die bürgerlichen Parteien unterscheiden sich auch in einem weiteren (hier nicht dargestellten) Punkt. Die FDP-Anhängerschaft (wie auch jene der Grünen und SP) zeichnet sich durch starkes Vertrauen in die politischen Institutionen (Bundesrat, Parlament etc.) aus, während diejenige der SVP eher skeptisch ist.

Unterschiede zwischen Links und Rechts – und Gemeinsamkeiten

Über den ideologischen Unterschieden zwischen den beiden bürgerlichen Parteien dürfen natürlich diejenigen zwischen ihnen und den Parteien links der Mitte nicht vergessen gehen. Der schärfste Gegensatz zwischen SP und Grünen einerseits und FDP und SVP andererseits besteht dabei in der Haltung zur Atomkraft. Bei anderen Themen wie etwa der Haltung zur Abschaffung des Bankgeheimnisses oder zur Verschärfung des Asylrechts ist die Veränderung der Zustimmungssanteile von links nach rechts dagegen graduell und die FDP nimmt eine Mittelstellung ein. Aus soziodemographischer Perspektive ist interessant, dass die Anhänger der SP und der Grünen deutlich öfter im öffentlichen Sektor, d. h. beim Staat arbeiten, als diejenigen von FDP und SVP. Gemeinsamkeiten zwischen SP- und SVP-Anhängerschaften gibt es vor allem im Bereich der Sozialpolitik, d. h. wenn es um die

Erhaltung der grossen schweizerischen Sozialwerke in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung geht. Die Zustimmung zu staatlichen Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ist bei Anhängern dieser beiden Parteien etwa gleich hoch, ebenso die Ablehnung einer Erhöhung des AHV-Alters. Auch in der Frage der Steuerprogression sind sich die SVP und die SP bzw. die Grünen näher als der FDP.

Fazit

Wie in der politischen Geographie des Kantons Zürich spiegelt sich auch in den Befragungsdaten der Selects eine dreipolige Struktur der Wählerschaft – die in der Kartendarstellung von Grafik 15 auch deutlich zu erkennen ist. Die «Grabenlandschaft» ist dabei komplex: Den vielbemühten Gegensatz zwischen «Linken» und «Rechten» bzw. bürgerlichen Parteien gibt es zwar auch. Er betrifft aber vor allem die unterschiedlichen Haltungen im Umweltbereich und teilweise in der Ausländerpolitik. In der Frage der ausserpolitischen Öffnung verläuft der Graben dagegen zwischen der SVP und den übrigen Parteien; die Laisser-Faire-Haltung hinsichtlich der Rolle des Staates ist für die FDP-Anhängerschaft spezifisch, und wird von derjenigen der SP, der Grünen und der SVP nicht geteilt.

Die soziodemographischen Differenzen sind – wie das für moderne Volksparteien typisch ist – weniger ausgeprägt. Dennoch: Die klarste soziodemographische Trennlinie verläuft am ehesten zwischen der SVP-Anhängerschaft und derjenigen der anderen Parteien. Die Arbeiter und Angestellten ohne höheren Bildungsabschluss finden sich vor allem bei der SVP, während die beruflich höher Qualifizierten und besser Gebildeten generell eher SP, die Grünen oder FDP wählen. Innerhalb dieser Gruppe bilden die «soziokulturellen Spezialisten» (z.B. Pflegepersonal, Lehrer etc.) die Kernwählerschaft der beiden Linksparteien, während der typische FDP-Wähler die sehr gut verdienende Führungskraft aus der Privatwirtschaft ist. Beizufügen bleibt natürlich, dass etwa die Hälfte der klassischen Arbeiterschaft¹⁸ heute ohnehin meist einen ausländischen Pass hat und deshalb für die Parteien als Wählerreservoir ausser Betracht fällt, weil sie gar nicht stimmberechtigt ist.

Die politischen Haltungen, die ja letztlich nichts anderes sind als unterschiedliche Lösungsstrategien für die Probleme der Gegenwart, lassen sich so zumindest teilweise auch aus den unterschiedlichen soziodemographischen Voraussetzungen erklären. Auf einen sehr einfachen Punkt gebracht, fänden sich in der SVP tendenziell jene Stimmbürger, die von den negativen Auswirkungen des globalen Wandels am härtesten getroffen werden, weil ihnen die (berufliche und bildungsmässige) Flexibilität fehlt, um ihm auszuweichen (siehe auch Seite 8). Sie sind gegenüber der classe politique und ihrem politischen Kurs skeptisch und sehen die Zukunft

eher in bewahrender Abschottung als in einer Öffnung. Auf der anderen Seite stehen die gutausgebildeten, beruflich mobilen, zuversichtlichen Globalisierungsgewinner – die allerdings recht grundsätzliche Differenzen über die Rolle des Staates bei der Bewältigung dieses Prozesses haben.



Literatur

Ambühl, Mathias. Methoden zur Rekonstruktion von Wählerströmen aus Aggregatdaten. Bundesamt für Statistik, Neuenburg, 2003.

Borg, Ingwer und Patrick Groenen. Modern multidimensional scaling: theory and applications. Springer series in statistics, Springer Verlag, 1997.

[Borg, Ingwer. Explorative Multidimensionale Skalierung. Zuma How-to-Reihe Nr 1. Mannheim.](#)

Burger R. Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999. Bundesamt für Statistik, Neuenburg, 2001.

de Leeuw, Jan und George Michailidis. The Gifi System of Descriptive Multivariate Analysis, Statistical Science 1998, Vol. 13, No. 4, S. 307–336.

Eisner Manuel, Nicole Graf, Peter Moser. Risikodiskurse: die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo Zürich, 2003.

Gifi, Albert. Nonlinear Multivariate Analysis. Wiley Series in Probability and Mathematical Statistics. Chichester, 1990.

King, Gary. A Solution to the Ecological Inference Problem: Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data, Princeton University Press, Princeton, 1997.

[Kirchgässner Gebhard und Tobias Schulz. Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz, 1981–1999. Volkswirtschaftlichen Abteilung der Universität St. Gallen, discussion paper no. 2004-10.](#)

[Kriesi, Hanspeter und Romain Lachat. Globalization and the transformation of the national political space: Switzerland and France compared. CIS working paper 1/2004. Center for Comparative and International Studies. Universität Zürich.](#)

Ripley, Brian D. Pattern Recognition and Neural Networks. Cambridge University Press, Cambridge, 1996.

Selb, Peter und Romain Lachat. Wahlen 2003 – Die Entwicklung des Wahlverhaltens. Swiss Electoral Studies, Band 8, Zürich, Institut für Politikwissenschaft, 2004.

english abstract

Politics in the canton of Zurich – an overview

As the most populous canton of Switzerland, Zurich has 34 seats in the Swiss National Council, about a sixth of the total: Its politics matter therefore. Based on a statistical analysis of recent polling and survey data, the electorate is split into three main competing political groupings with distinct worldviews and correlated policies: the national-conservatives to the right of the political spectrum, are associated with the Swiss People's Party (SVP); to the left, the socially progressive, europhile members of the electorate vote predominantly for the Social Democrats (SP) and the Green Party. The distinguishing feature of the third and smallest group, associated with the Radicals (FDP), is its market orientation.



Anmerkungen

- 1 Die verfügbaren Analysen sind unter den Daten der jeweiligen Urnengänge online verfügbar.
- 2 Zu manchen Fragestellungen sind räumlich hochauflösende Aggregatsdaten vorhanden, es existieren aber keine Individualdaten. Oft entstehen erstere im Rahmen der normalen Verwaltungstätigkeit ohnehin und stehen deshalb kostenlos zur Verfügung, während letztere meist durch eigens durchgeführte, und entsprechend teure telefonische Befragungen erst erzeugt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Rückschluss von Aggregatsdaten auf das mutmassliche Verhalten Einzelner sehr verlockend und es gibt dazu entsprechend eine breite Literatur, die unter dem Stichwort «ecological inference» zu finden ist (Vgl. z. B. King 1997, dessen Anspruch eine «Lösung» für das Problem der ökologischen Inferenz gefunden zu haben, eine Flut von Artikeln ausgelöst hat oder die Übersicht bei Ambühl 2003 zu einem Spezialfall, den sogenannten Wählerstromanalysen). Letztlich geht es dabei immer darum, aus den Randverteilungen von Kreuztabellen auf die Zellenbelegung rückzuschliessen, wenn entsprechende Daten für mehrere, meist räumliche Aggregationseinheiten vorhanden sind. Allen diesen Verfahren ist gemeinsam, dass sie, um zu eindeutigen Resultaten zu gelangen, ausser in trivialen Spezialfällen Hilfsannahmen einführen müssen, die zwar plausibel sein mögen, aber im konkreten Fall empirisch meist nicht überprüft werden können – es sei denn, man habe äquivalente Befragungsdaten, wodurch sich der Rückgriff auf die Aggregatsdaten erübrigt.
- 3 Eine erste gesamtschweizerische Analyse der Selects-Daten von Peter Selb und Romain Lachat (2004) liegt vor.
- 4 Kirchgässner und Schulz (2004) geben einen Überblick über die (ökonomischen) Mobilisierungstheorien und versuchen diese auch empirisch an gesamtschweizerischem Datenmaterial zu testen. Für eine gründliche Diskussion der Problematik sei darauf verwiesen.
- 5 Wie meist bei derartigen Befragungen ist der Anteil der selbstdeklarierten Wählenden deutlich höher, als die tatsächliche Wahlbeteiligung an der Urne (bei der Selects im Kanton Zürich 71% gegenüber 45%). Dieses Phänomen wird als overreporting bezeichnet. Man vermutet, dass Wählende lieber an Wahlbefragungen teilnehmen und dass zusätzlich auch die soziale Wünschbarkeit des Wählens das Antwortverhalten beeinflusst (Selb & Lachat 2004). Nimmt man an, dass trotz des overreportings der Wahlteilnahme die selbstdeklarierten Wählenden und nicht-Wählenden repräsentativ für die entsprechenden Gruppen in der Grundgesamtheit der Stimmberechtigten sind, so lässt sich dieses Problem durch eine unterschiedliche Gewichtung der beiden Gruppen beseitigen. Hier wurde für die Befragten aus dem Kanton Zürich analog zum Verfahren von Selb und Lachat (2004; Technischer Anhang) gewichtet.
- 6 Bekanntlich werden in den Nationalratswahlen nicht direkt Parteien gewählt, sondern Listen eingelegt und Kandidierende gestrichen, hinzugefügt (panaschiert) oder kumuliert. Das für die Zuteilung der Sitze relevante Resultat ist so ein Stimmentotal der jeweiligen Listen. Als Parteien werden in dieser Analyse Zusammenfassungen von Listen bezeichnet: Zusammengefasst werden dabei Regionallisten (1999 hatte z. B. die SVP eine West- und eine Ostliste); Jungparteien und Seniorenlisten werden der Stammliste zugeteilt etc. Diese Zusammenfassung der Listen in den Wahlen seit 1971 zu Parteien erfolgt mit dem Schlüssel, den das Bundesamt für Statistik für gesamtschweizerische Analysen verwendet.
- 7 Aus wahlarithmetischen Gründen verlor die SVP 2003 trotz einem Wähleranteilszuwachs von 0,6 Prozentpunkten einen Sitz in der Nationalratsdelegation.
- 8 Die verwendeten Indikatoren:
 - durchschnittliche Arbeitslosenrate 1991–2002;
 - durchschnittliche Sozialausgaben pro Kopf 1996–2002 (logarithmiert);
 - Veränderung des Anteils Reformierte und Katholiken 1990–2000, in Prozentpunkten;
 - Veränderung des Anteils im 2. Sektor tätiger wohnhafter Erwerbstätiger 1990–2000, in Prozentpunkten;
 - Veränderung des Ausländeranteils 1990–2000, in Prozentpunkten;korrelieren untereinander relativ stark, weil sie letztlich auch Aspekte desselben Konzepts messen – und messen sollen. Eine Hauptkomponentenanalyse dieses Variablensets ergibt, dass die beiden ersten Komponenten zusammen etwa 77 Prozent der Varianz erklären. Eine Regression dieser beiden (definitionsgemäss senkrecht zueinander stehenden und damit unkorrelierten) Hauptkomponenten auf die Veränderung des Wähleranteils der SVP in den Gemeinden des Kantons Zürich weist ein R^2 von .41 auf.
- 9 Hinzu kommen noch etwa 13 kantonale Abstimmungen, die sich allerdings wegen der oft geringeren Brisanz und Medienbeachtung als Grundlage für eine Analyse der grundlegenden Polaritäten der politischen Landschaft weniger eignen.
- 10 Der Grundgedanke der multidimensionalen Skalierung (MDS) besteht darin, die Lage der Datenpunkte im zweidimensionalen Raum so zu wählen, dass deren Abstände



jenen möglichst nahe kommen, die sie im zugrundeliegenden vieldimensionalen Raum haben. Als Datenmaterial dienten die Ja-Stimmenanteile der 42 eidgenössischen Abstimmungen der Jahre 2001 bis 2004. Sie definieren für jede Gemeinde die Koordinaten eines Punktes in einem 42-dimensionalen Raum, deren Abstände zueinander es in den zwei Dimensionen der Karte möglichst zu erhalten gilt. Mathematisch kann diese Konstellation mit unterschiedlichen Verfahren ermittelt werden: Die abgebildete Lösung wurde in R mit Kruskal's «non-metric multidimensional scaling»-Methode gerechnet. Mit einem Stress – dem gebräuchlichen Mass für die «Güte» einer derartigen Dimensionsreduktion – von etwa 10% repräsentiert die gefundene Konfiguration die ursprünglichen Distanzen gut. Auch bezüglich der Auswahl der Abstimmungen ist die dargestellte Konstellation verhältnismässig robust. Mehr zum Verfahren der MDS findet man bei (Ripley 1996, Borg und Groenen 1997 oder Borg 2000).

- 11 Hätten im Grenzfall alle Gemeinden nur einen Stimmbürger, so wären alle extrem, weil der Ja-Stimmenanteil überall entweder 0 oder 100% betrüge.
- 12 Die Pfeile zeigen in die Richtung, in der betreffende Abstimmung maximal mit den beiden Achsen der MDS korreliert. Die Länge der Pfeile ist proportional zur Stärke des Zusammenhangs.
- 13 Konkret wird dabei so verfahren, dass die übrigen schweizerischen Kantone wie weitere Gemeinden behandelt werden, und die MDS mit diesem erweiterten Datensatz erneut durchgeführt wird. Die 26 zusätzlichen Fälle führen zwar zu Veränderungen bei der Konstellation der 171 Gemeinden; diese sind aber minimal, wie eine sogenannte Procrustes-Rotation der beiden Konfigurationen zeigt (Korrelation $\geq .99$). Ein Versuch, die Tatsache, dass sich die Deutschweizer Kantone im Kanton Zürich politisch «unterbringen» lassen, für eine Abstimmungshochrechnung dieser Kantonsresultate zu nutzen, hat im übrigen bei der UNO-Abstimmung vom 3. 3. 2002 zu recht zuverlässigen Resultaten geführt.
- 14 Als Mass für die die Parteaaffinitäten bzw. die Tendenz der Wähler einer Partei A Kandidierende der Partei B auf ihre Wahlzettel zu schreiben, d. h. zu panaschieren, verwenden wir hier das von Burger (2001) vorgeschlagene Mass:

$$\frac{\text{Panaschierstimmen von Wahlzetteln der Partei A an Partei B}}{\text{Anzahl eingelegte Wahlzettel von Partei A} \times \text{Zahl der Kandidierenden von Partei B}} \times 1000$$

Dadurch werden die «rohen» Panaschierstimmen sozusagen bereinigt und vergleichbar gemacht: die Zahl der Stimmen, welche die Wähler einer Partei potenti-

ell insgesamt abgeben können, wird ja einerseits um so grösser, je mehr Wahlzettel für sie eingelegt werden, und andererseits können auch potentiell um so mehr Stimmen abgegeben werden, je grösser die Auswahl von Kandidierenden bei der Empfängerpartei.

- 15 Dabei handelt es sich um eine Faustregel: Genau genommen sind die Vertrauensintervalle bei den Parteien aufgrund der unterschiedlichen Stichprobengrösse unterschiedlich, wie die folgende Tabelle zeigt:

Partei	Zahl der Befragten	Stichprobenfehler in Prozentpunkten bei einem Anteil von 50% und einem Signifikanzniveau von 90%
FDP	73	11
Grüne	40	14
keine	140	7
SP	139	7
SVP	136	7

Ihr lässt sich überschlagsmässig entnehmen, dass der Anteilsunterschied zwischen SP- und Grünen etwa 21 Prozent (14+7) betragen muss, um auf dem 90-Prozentsniveau signifikant zu sein. Die Stichprobenverminderung durch missing values bei den Einstellungs- und soziodemographischen Variablen ist dabei nicht berücksichtigt.

- 16 Diese grafische Darstellung ist das Resultat einer multiplen Korrespondenzanalyse (MCA). Es handelt sich dabei, wie bei der multidimensionalen Skalierung (siehe Fussnote 10) um ein Verfahren zur Dimensionsreduktion; nur dass dabei nicht intervallskalierte sondern nur nominalskalierte d. h. kategorielle Variablen verwendet werden. Auch der MCA liegen Distanzen in einem vieldimensionalen Variablenraum zugrunde, die es unter Reduktion der Dimensionalität möglichst zu erhalten gilt (Vgl. dazu Gifi 1990, de Leeuw und Michailidis 1990). Im Unterschied zur politischen Landkarte wo die Distanzen zwischen den Fällen – den Gemeinden – interessieren, geht es hier allerdings darum, die Distanzen zwischen den Variablen, bzw. deren Ausprägungen zu erfassen. Die Konfiguration wurde in R mit der Funktion «Homals» gerechnet (de Leeuw und Michailidis 1998).
- 17 Der hohe Anteil (58%) der FDP-Anhänger, die gegenüber der Progression indifferent sind, ist vielleicht ein zufälliger Ausreisser – vielleicht ist es aber auch einfach nicht salonfähig, die sogenannte flat rate, d. h. ein System zu befürworten, dass die Einkommensstarken nicht überproportional stärker belastet.

- 18 Gemäss Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung 2004 beträgt der Ausländeranteil unter den «Arbeitern» 48%.

statistik.info

Unter der Bezeichnung «statistik.info» veröffentlicht das Statistische Amt des Kantons Zürich statistische Kurzberichte, Analysen und Kommentare im Internet. Das bestehende Angebot wird laufend ausgebaut: Pro Jahr kommen rund 30 Berichte zu verschiedenen Themen neu hinzu, so dass Sie hier immer den aktuellen Stand der kantonalen Statistik finden. Die einzelnen Beiträge liegen im pdf-Format vor. Von Fall zu Fall können Excel-Tabellen die pdf-Files ergänzen – damit haben Sie die Möglichkeit, direkt an Ihrem PC eigene Berechnungen anzustellen.

www.statistik.zh.ch/statistik.info

NewsStat

Der elektronische Rundbrief «NewsStat» ergänzt das Angebot: Er informiert Sie – ungefähr im Monatsrhythmus – über sämtliche Neuerscheinungen im Rahmen von «statistik.info».

www.statistik.zh.ch/newsstat

© 2005

Abdruck nur mit Quellenangabe erlaubt.

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Eurostat Data Shop Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

www.statistik.zh.ch

Telefon: 044 225 12 00

Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

Auskünfte zur vorliegenden Publikation

Dr. Peter Moser

Telefon: 044 225 12 35

E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

statistik.info
Daten, Informationen, Analysen @ www.statistik.zh.ch